

# Krafsauer Zeitung.

Nr. 247.

Donnerstag den 29. October

1863.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: die Krafsau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 9 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Mr. für jede weitere Einrückung 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Einstellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amthlicher Theil.

Der k. u. k. ungarische Hofkanzler hat den Rechtspracticanten der k. u. k. Hofkanzlei Nicolai v. Fényes zum Honorär-Hofconceptualisten der k. u. k. ungarischen Hofkanzlei ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 29. October.

Wie die „Ntd. Post“ nach Londoner Nachrichten meldet, ist der Versuch, in der polnischen Angelegenheit neuerdings eine gemeinsame, rein diplomatische Action der drei Mächte gegenüber Rußland in Scene zu legen, gescheitert. Lord Russell hat die österreichischerseits in Vorschlag gebrachte „Declaration“ definitiv abgelehnt und gleichzeitig eine Depesche nach St. Petersburg abgeleitet, in der zwar die früher geltend gemachte Verwirklichungstheorie nicht mehr vorkommt und die Herbeiführung des Ausdrucks wesentlich gemildert ist, die aber nichtsdestoweniger sehr nahe an das frühere Rationnement des edlen Grafen streift. Die englische Depesche constatirt nämlich bloß die Thatsache, daß Rußland für seine Besitzrechte auf Polen sich selbst nicht mehr auf die Verträge von 1815 beruft. „Polen habe“, so argumentirt Fürst Gortschakoff in seinen letzten Erklärungen, „die ihm aus jenen Verträgen zustehenden Ansprüche durch die Revolution von 1830 verlor“; es sei der Macht der russischen Waffen unterlegen. Damit mache Rußland das nackte Recht der Eroberung geltend und damit erkläre es selbst, daß es das Königreich nicht mehr auf Grundlage der Verträge besitze. Diese Thatsache halte England fest. Die Depesche ist, wie schon gesagt, bereits nach St. Petersburg abgegangen. Ueber Frankreichs Absichten verlautet nichts Näheres.

Die „Presse“ bezeugt die Wichtigkeit dieser Angabe und schreibt ihrerseits: Man weiß, daß zwischen dem Wiener und Londoner Cabinet in den letzten vierzehn Tagen eine „Declaration“ vereinbart wurde, welche dem französischen Cabinet zur Annahme vorgelegt werden sollte, und in Folge welcher Lord Russell seine Auerkennungs-Depesche einstellte. Das Notenproject soll nun zwischen Oesterreich und England vereinbart und am 23. d. dem Pariser Cabinet auf telegraphischem Wege mitgetheilt worden sein. Die französische Antwort ist noch nicht bekannt. So lauten unsere Nachrichten. Das Pariser Blatt „La Presse“ glaubt, daß Fürst Metternich, gegenwärtig noch in Wien, die definitiven Entschlüsse Oesterreichs nach Paris überbringen werde. Die gemeinschaftliche Note werde, fügt „La Presse“ ausdrücklich hinzu, kein Ultimatum sein.

Ein Pariser Corr. der „G.-G.“ äußert sich über die Situation wie folgt: Dem französischen Cabinet scheint es in der zugeknöpften Haltung, welche es seinen Allirten gegenüber angenommen hat, nachgerade unheimlich zu werden; heute läßt es durch den „Constitutionnel“ officiös anfragen, ob denn England und Oesterreich noch immer zu keiner Verständigung gelangt wären. Indes liegt die Sache ebenso einfach nicht; wenn das englische Ministerium in einer so capitalen Angelegenheit heute eine Depesche nach St. Petersburg expedirt, und dieselbe morgen auf telegraphischem Wege annullirt, wenn von den Räten der Königin Victoria der eine officiös theoretisirt, und der andere ihn insgeheim desavouirt, wenn endlich das Cabinet der Tuilerien selbst durch seine Publicisten den Frieden predigen und durch seine Diplomaten auf den Krieg hinwirken läßt, kann sich da wohl noch Jemand anderer als Oesterreich über die Verschleppung der Sache beschweren? Kein Zweifel, daß es Frankreich um die polnische Sache Ernst ist, weil es ihm aus einem zeitlich nur zu nahe liegenden Grunde (5. Nov.) Ernst sein muß; aber eben darum sollte es sich nicht auf die Rolle eines passiven Zuschauers beschränken, sondern mit einem eigenen Programm hervortreten. Die Sundepeschen bieten Oesterreich bestimmte Garantien, aber für welchen Fall? für einen Krieg, auf welcher Basis und mit welchen Endzielen? Möge der „Constitutionnel“ diese Fragen beantworten und er wird ein Recht haben, den anderen beiden Mächten Sammeligkeit vorzuwerfen. — In Wahrheit ist es Frankreich, welches durch seine Zurückhaltung temporisirt. Der Kaiser Napoleon, scheint es, will die polnische Frage so lange nicht in die Hand nehmen, bis er weiß, wie er mit dem gesetzgebenden Körper steht. Ein Bruchtheil der Opposition in demselben, thiers an seiner Spitze, ist bekanntlich gegen den Krieg, die ministerielle Majorität natürlich gegen die isolirte Action. Wie gesagt also, der eigentliche Hemmschuh liegt in Paris und der „Constitutionnel“ hätte besser gethan zu schweigen, als ihn anderswo zu suchen.

Die „Gazeta Narodowa“ in Lemberg, die über

die geheime Geschichte des polnischen Aufstandes vorzüglich unterrichtet ist, spricht sich folgendermaßen über die gegenwärtige Thätigkeit der polnischen Emigration aus: „Man würde in einen großen Irrthum verfallen, wenn man den Aufstand der Thätigkeit der Emigration zuschreiben wollte. Wenn einst die Zeit gekommen sein wird, den ganzen Verlauf der Erhebung aus Tag und Nacht zu ziehen, dann wird es sich zeigen, wie wenig die Bemühungen der Emigration seit dem Jahre 1846 in der Nation Anklang gefunden haben. Wer die Erscheinung der Jahre 1860 bis 1863 mit aufmerksamem Blicke verfolgte, wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Bewegung nicht von außen gebracht wurde, sondern von innen heraus sich entwickelte und daher immer weitere Kreise ergriff. Der Impuls und die erste Leitung ging von 800 polnischen Studirenden der Kiener Universität aus und pflanzte sich dann erst nach Warschau fort. Die thätigsten Mitglieder der späteren National-Regierung gehörten dem Kreise der Kiener Studirenden an, wie Bobrowski, Walewski u. Dies erkannte auch die Emigration, die sich willig der inländischen Leitung unterwarf. Seitdem sind acht Monate verstrichen. Und was für ein Bild bietet sie uns heutzutage dar? Mit blutendem Herzen sehen wir von Neuem die alten Parteien erheben, erblicken wir von Neuem die alten Zwistigkeiten und Intriguen. Alle Briefe, die uns von Paris aus zukommen, stimmen darin überein: Alles, was die Czartoryski, Zamoycki thun, ist schlecht, unpassend und verabschämungswürdig! Alles, was das polnische Comité, Galzowski, Januszkiwicz und Zaleski, zu Stande bringt, ist werth- und nutzlos. Andererseits wird wieder jeder Gedanke verworfen, der aus dem Lager kommt, dessen Organ die „Freie Stimme“, „Polen“ (Brüssel) u. ist. Die alten Schlagworte Aristokratie, Jesuitismus, Socialismus, Demagogie u. s. f. schallen von Neuem an unser Ohr. Jeder Schritt der National-Regierung wird von beiden Lagern vereitelt. Jeder möchte Führer sein, gehorchen Keiner. Vor lauter Kritiken kommen sie zu keinen Thaten. Während das Land von Blut und Thränen überschwemmt wird und die Thaten unaufhörlich einander drängen, vergeudet die dem russischen Drucke entogene Emigration ihre Zeit mit nutzlosen Theorien! Das neue Journal „Polen“ stellt in einer seiner letzten Nummern sogar als seinen Zweck hin: der persönlichen Kritik und den Zwistigkeiten zum Organ zu dienen. Die Czartoryski, die Mikoslawski! ist das Feldgeschrei. Anstatt einverstanden zu wirken, entziehen sie sich und jucken diese Entzweiung auch ins Land zu tragen.“ Der Aufsatz schließt mit den Ermahnungen an die Emigration, der Größe der Sache eingedenk zu sein und der Hoffnung, daß die Worte vielleicht nicht erfolglos bleiben werden. (s. u. Rußland.)

Die Rede des Fürsten Czartoryski in London, schreibt der Pariser „Corr. der N. Pr. Ztg.“, hat der schon sehr erschütternden Sympathie unserer „Katholiken“ für die polnische Rebellion den Rest gegeben; sie jammern darüber, daß der Agent des geheimen Comité's den „Ultramontanismus“ verleugnet. Wir meinen, die „Katholiken“ hätten von vorn herein begreifen können, daß die polnische Insurrection ein unwürdiges Spiel mit der Religion überhaupt gespielt habe. Auffallend ist es, daß ein Mann wie der Fürst Czartoryski sich zu der mehr als dreifachen Behauptung versteigt, die bauerliche Bevölkerung Polens betheilige sich an dem Aufstande.

Die Regierung, schreibt ein Turiner Corr. der „R. Z.“, beschäftigt sich seit einigen Tagen mit der polnischen Frage, und man erzählt hier, Hr. Nigra habe den Auftrag, in Paris daran zu erinnern, daß Italien sich durch die Vörschläge der Westmächte nicht wird abhalten lassen, in Venetien seine Zwecke zu verfolgen, sobald sich eine Gelegenheit dazu bietet. Von gewisser Seite wird hier nämlich die Befürchtung gehegt, daß Hr. Drouyn de Lhuys den Kaiser bestimmen könnte, Oesterreich seinen gegenwärtigen Bestand zu garantiren, und nicht, wie er früher sich angeboten hatte, in Bezug auf Venetien bloß ein Aequivalent zu bieten.

„La France“ versichert, der jetzt am Comersee befindliche König der Belgier werde nach dem Besuch in Miramare über Compiègne (also nicht über Wien, wie es früher hieß) nach Brüssel zurückkehren.

Der „G.-G.“ meldet man gerüchweise, daß Frankreich von dem Turiner Cabinet die eventuelle Anerkennung des Kaiserthums Mexico förmlich verlangt und dießbezüglich auch bereits eine definitive Zusage, natürlich unter Vorbehalt der Genehmigung des Parlamentes erhalten habe.

In Frankfurt fand am 27. Abends eine Zusammenkunft von etwa 200 Mitgliedern der für den 28. anberaumten großdeutschen Versammlung

und der für den 29. festgesetzten Generalversammlung des deutschen Reformvereins statt. Unter den Anwesenden befanden sich 49 Oesterreicher und unter diesen 38 Böhmen, so wie mehrere Landtagsabgeordnete. Die Auschussanträge, auf Grund von Entwurfs- und Barmühlers gefaßt, enthalten 5 Punkte. Die Punkte 1 bis 5 besagen: Die Versammlung erkenne in der Berufung und dem Zusammentritt des Fürstentages eine patriotische That, in der daraus hervorgegangenen Reformacte, für deren Annahme sie sich ausspricht, eine geeignete Grundlage für die Entwicklung der Verfassung Deutschlands, so wie zur festeren Einheit und größeren Freiheit; sie hoffe, daß alle Regierungen und Vertretungen zum Abschluß der Reformacte mitzuwirken haben und der Folgen eingedenk sein werden, welche eintreten müssen, wenn sie die Zustimmung zu der Reformacte verweigern oder unzulässige Bedingungen an dieselbe knüpfen. Der Punkt 4 jagt wörtlich: Die Versammlung billigt, daß zur Herstellung der noch fehlenden Einheit jedes mit dem Grundgedanken der Reformacte vereinbare Entgegenkommen statfinde, sie empfiehlt aber, daß auch bei noch nicht gelöstem Gegensatz die Durchführung der Reformacte innerhalb der Grenzen des bestehenden Rechtes, namentlich durch baldige Berufung der Abgeordneten der geeigneten Staaten, gefördert werde. In Punkt 5 wird, falls eine Revision die Reformacte in der ursprünglichen Fassung wiederherstellen sollte, eine zweijährige Periode für die regelmäßigen Abgeordnetenversammlungen und die Festsetzung einer bestimmten Zeitfrist für die Neuwahlen der Abgeordneten empfohlen. Am demselben Tage traten 27 große deutsche Redactionen zu einer Berathung zusammen.

Der Wiener Corr. der „Böh.“ schreibt: Sie haben wohl auch von den „sechs schweren Kriegsschiffen“ Notiz genommen, welche der ohne Zweifel gutgemeinte, aber überberathene Eifer des Wiener Corrs. eines Hamburger Blattes aus dem Adriatischen Meere zum Schutz der deutschen Küsten nach der Nordsee defingirt sein läßt. Sie dürfen überzeugt sein, daß die Ausrüstung und Absendung einer derartigen Expedition noch keinen Augenblick in Frage gestanden hat, und zwar schon aus dem vor der Hand genügenden Grunde, weil man die volle Ueberzeugung hat gewinnen können, daß Dänemark die Bundesexequcution nicht als Kriegsfall betrachten wird.

Der herzoglich sachsen-altenburg'sche Minister, Herr v. Larisch, ein ehemaliger preussischer Landrath und Kreuzzeitungsman, hat sich, wie aus Leipzig geschrieben wird, bemüht gefunden, im gleichen Modus wie das preussische Staatsministerium einen Bericht an Se. Majestät über die Reformacte zu entwerfen — was ein unschuldiges Vergnügen wäre — der die Bestimmungen derselben schulmeisterlich durchgeht. Der Bis liegt aber darin, daß dieser Bericht von der herzoglich sachsen-altenburg'schen Regierung nunmehr im diplomatischen Wege den übrigen deutschen Regierungen mitgetheilt wird: das Gutachten eines altenburg'schen Ministers an seinen Herzog als ein diplomatisches Actenstück zur Belehrung von Oesterreich, Baiern, Sachsen, Hannover u. s. w.

Die erste Depesche des Carl Russell, vorgelegt in der Bundestagsitzung vom 22. Oct., ist an die königlich großbritannischen Gesandten in Wien und Berlin gerichtet und lautet nach der „R. Ztg.“ wie folgt:

Foreign-Office, 27. Mai 1863.

Mein Herr!

Ihrer Majestät Regierung hat mit vieler Besorgnis vernommen, daß die Bundesversammlung in Frankfurt damit umgeht, eine Bundes-Execution in Holstein in Erwägung zu ziehen. Ohne die Bekanntmachung des Königs von Dänemark vom 30. März zu erörtern, ertheilt Ihnen Ihrer Majestät Regierung die Weisung, zu sagen, wie wünschenswerth es sei, daß die in Europa bestehenden Verwicklungen und Gefahren nicht noch vermehrt werden. Oesterreich und Preußen haben im Jahre 1861 abgelehnt, in den Angelegenheiten von Holstein zu unterhandeln, ohne zugleich jene von Schleswig zu ordnen. Aber die Angelegenheiten von Schleswig sind Gegenstände von internationaler Natur, und sollten mit der größten Ruhe und Ueberlegung von den europäischen Großmächten erörtert und können nicht von der Bundesversammlung in Frankfurt entschieden werden.

Die zur Mittheilung an die Bundesversammlung bestimmte, am 18. d. übergebene Depesche des Carl Russell an Sir Alexander Malet vom 14. Oct. lautet in der officiellen Uebersetzung:

Mein Herr!

Wollen Sie dem Präsidenten der Bundesversammlung vorstellen, daß Ihrer Majestät Regierung Grund habe, zu glauben, es werde die Antwort, welche Dänemark der Bundesversammlung geben wird, seine Bereitwilligkeit zeigen, das Patent vom 30. März im Sinne des Bundes-

Beschlusses vom März 1860 zu modifiziren, d. h. dasselbe provisorisch zu machen, bis die definitive Stellung Holsteins mit Deutschland vereinbart ist. Auf diese Weise werden die holsteinischen Stände ihre constitutionellen Privilegien als durch das königliche Patent anerkannt beibehalten. Aber wenn dies geschieht, dann hofft Dänemark Aufschub der Bundesexequcution zu erlangen.

Sie wollen dem Präsidenten der Bundesversammlung vorstellen, daß eine Bundesexequcution selbst in der Voraussehung, daß sie genau auf Holstein beschränkt bliebe, nicht erfolgen könnte, ohne die schon bestehenden Schwierigkeiten zu vergrößern. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die dänische Regierung hierauf mit Repressalien und einer dem deutschen Handel sehr nachtheiligen Blockade erwidern würde. — Aber solche Maßregeln würden in Deutschland so viel Erbitterung hervorrufen, wie die Bundesexequcution in Dänemark. Es würde sonach der Streit vergiftet werden, Ansprüche auf Entschädigung würden von beiden Seiten erhoben werden, und neue Schwierigkeiten sich einer friedlichen Ausgleichung entgegenstellen. Sollte dann wieder der Krieg auf Schleswig und Jütland ausgedehnt werden, so wäre in Erinnerung zu bringen, daß Oesterreich und Preußen sowohl wie Großbritannien und Frankreich durch den Vertrag vom Jahre 1852 verpflichtet sind, die Integrität und Unabhängigkeit Dänemarks zu achten. Die Verpflichtungen würden natürlich erfüllt, könnten aber neue Verwicklungen in Frankfurt hervorbbringen.

Ihrer Majestät Regierung läßt die Ansprüche des Bundes in Holstein und Lauenburg völlig gelten, ist aber der Ansicht, daß, wenn die Forderungen der Bundesversammlung auf die deutschen Herzogthümer sich beschränken, dieselben ohne Bundesexequcution und ohne sich den mit der Ergreifung einer solchen äußersten Maßregel verbundenen Gefahren aussetzen, befriedigt werden könnten.

Sie sind angewiesen, dem Präsidenten der Bundesversammlung eine Abschrift dieser Depesche zu geben.

An Sir Alex. Malet, Baronet. Russell.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

Die vom Herrenhaus in der Sitzung vom 27. d. in Gemäßheit des von Freiherrn v. Baumgartner gestellten Antrags, die Section mit Rücksicht auf die Mitglieder für Siebenbürgen auf die Zahl von 22 zu vermehren, neu gewählten Mitglieder sind: Freih. v. Popp, Böhmstetten, Graf Hartig, Bischof Schaguna, Fürst Zablonowski, Bischof Fogarassy, Baron Hennet, Hr. v. Bruckenthal, Fürst Schwarzenberg, Superintendent Haase, Cardinal Rauscher, Dr. Miklosich, Graf Kuffstein, Altgraf Salm, Graf Auerberg. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Der Auschussbericht über die Lemberg-Gzeronowitzer Bahn, verfaßt von dem Berichterstatter Dr. v. Mühlfeld, umfaßt 70 Druckseiten und ist eine ebenso objective als gründliche Arbeit, welche eine sachliche Darstellung des Sachverhaltes gibt, auf Grund dessen der Auschuss zu dem Schlusse gelangt ist, auf die Garantiebewilligung anzutragen, indem es „in Anbetracht des großen Nutzens und der wichtigen Vortheile der Eisenbahnverbindung gegen alle Billigkeit, ja Gerechtigkeit wäre, dieselbe den theilnehmenden Ländern Ostgalizien und der Bukowina noch länger zu versagen.“ Der Auschuss hat zuerst reichlich erwogen, ob diese Eisenbahn für das öffentliche Interesse eine solche Bedeutung habe, daß eine Unterstützung von Seite des Staates gerechtfertigt sei, und hat diese Frage aus wohlverwogenen und im Berichte ausführlich dargestellten volkswirtschaftlichen, finanziellen, politischen und militärischen Gründen bejaht. Was die Höhe der beanspruchten Garantie betrifft, so hat der Auschuss die sachverständigen Herren Albert v. Klein und den Ingenieur E. v. Klemensiewicz vernommen und beide haben erklärt, daß der Betrag von 775.000 fl. per Meile das Bau-capital nicht zu hoch gegriffen sei. Herr v. Klemensiewicz legte insbesondere über Aufforderung des Auschusses eine Kostenberechnung vor, welcher zufolge die Bahnlänge 37 1/2 Meile betrage und die Gesamtkosten derselben sich auf 29.230.000 fl. in Silber belaufen, wobei übrigens die allfälligen Gewinne und Verluste nicht berücksichtigt sind, welche aus dem börsenmäßigen Course bei Placirung der Actien entstehen können.“ Diese Approximativrechnung legte der Auschuss seiner Aufstellung und seinem Antrage zu Grunde und es ist im Berichte überzeugend dargehan, daß bei dem Course der österreichischen Bahnactien von durchschnittlich 25%, unter ihrem Nominalwerthe auch die Actien der neuen Eisenbahnunternehmung um ein Beträchtliches werden hintangegeben werden müssen, und wenn man den Unterschied des Emissionspreises zum Nominalwerthe nur mit 6% annehme, so macht der hiedurch begründete Capitalverlust bei dem veranschlagten Baucapitale von 31 Millionen Gulden



in Silber nicht weniger als 1,860.000 fl. Dieser Verlust ist unzweifelhaft unter die Auslagen der Gründung der Eisenbahnunternehmung und daher zu den Anlagekosten zu rechnen; damit allein schon wird die Ziffer von 1,770.000 fl., um welche das von Herrn v. Klemeniewicz berechnete Anlagecapital pr. 29,230.000 Gulden geringer ist, als das präliminierte pr. 31 Mtl. Gulden um 90.000 fl. überschritten, nachdem in der ersten Summe ja aber die Coursdifferenzen bei Placierung der Aktien nicht berücksichtigt sind. Nimmt man den Betrag von 29,230.000 fl. zur Grundlage und überlegt man den Differenzbetrag 1,770.000 fl. in der Erhöhung des zu gewährenden Zinsbetrages, so erhöhen sich die angenommenen 5 1/2 % Zinsen nicht einmal auf volle 6 Percent. Es wird also im Grunde nicht einmal ein Prozentiger Zinsanspruch gestellt, welcher nach dem Zinsfuß in Oesterreich und nach dem bei anderen vorteilhaften Aktienunternehmungen stattfindenden Dividenden-Verträge bisher nur gerechtfertigt ist und den man sich um so mehr gefallen lassen kann, als hier Kapitalien in das Land gezogen werden.

Die den Unternehmern auferlegten Verpflichtungen, soweit sie von der vorgelegten Concessionsurkunde abweichen, bestehen a) in der Verpflichtung den inländischen Schienen bei gleicher Qualität und gleichen Preisen an Ort und Stelle gestellt vor den ausländischen den Vorzug zu geben; b) in der Erniedrigung der Maximalfrachtpreise für Getreide auf 1 fl. 9 kr. und für Holz auf 1 fl. 7 kr. pr. Zollcentner und Meile unter Voraussetzung voller Wagenladung; c) in der Unterwerfung der Actionäre und ihrer Rechtsnachfolger insbesondere der Actiengesellschaft sowie es sich um die ihnen zustehenden Rechte und obliegenden Pflichten in Ansehung der Eisenbahnunternehmung und was damit im Zusammenhange steht, unter die österreichischen Gesetze, Gerichts- und andere Behörden handelt.

Vorgestern hat der Finanzausschuß eine sehr interessante Sitzung gehalten. Auf der Tagesordnung stand Senes Bericht über das Nothstands-Anlehen. Anwesend waren von Seite der Regierung: Finanzminister v. Plener und Herr v. Papay, Hofrath der ungarischen Hofkanzlei. Der Bericht wurde verlesen. Graf E. Rinsky stellte die Anfrage, ob der ungarische Hofkanzler zur Sitzung eingeladen worden sei? Der Zustellungsbogen wies die erfolgte und wohlbestellte Einladung aus. Giska beantragte, den Hofkanzler nochmals einzuladen, damit er sich erkläre, ob er sich gleich den andern Ministern dem jetzt versammelten Reichsrathe verantwortlich halte. Denn durch den beantragten Gesetzentwurf sollen der Hofkanzlei Credite bewilligt und nach Art. VII soll der Hofkanzler im Verein mit dem Finanzminister mit dem Vollzuge des Gesetzes beauftragt werden. Der Finanzminister sprach seine Ansicht dahin aus, daß der bezogene Artikel selbstverständlich eine solche Verantwortlichkeit involvire. Hierüber wurde der Zweifel erhoben, ob diese Ansicht auch die des Herrn Hofkanzlers sei? Herr v. Hopfen machte die Mittheilung, daß eine Zuschrift des Hofkanzlers an das Präsidium des Abgeordnetenhauses eingelangt sei. Dieselbe wurde gelehrt. Inzwischen nahm die Debatte in der lebhaftesten Weise ihren Fortgang. Schindler, Herbst, Kuranda, Hopfen, Demel, Rinsky sprachen sich für das Erscheinen des Hofkanzlers im Finanzausschuß aus, der Hofkanzler müsse nun Farbe bekennen, der zweifellos constituirte Gesamt-Reichsrath lasse keine Ausflucht zu u. s. w. Die sodann eingetragene Zuschrift des Hofkanzlers wurde verlesen. Aus derselben geht hervor, daß Hofrath v. Papay nicht eigentlich Vertreter des Hofkanzlers sei, sondern nur gleichsam als ad latus des Finanzministers zur Ertheilung sachlicher Aufschlüsse im Ausschuße erschienen war. Herr v. Papay bemerkte selbst, daß der Herr Hofkanzler das politische Moment bei Seite gelegt habe, war aber bereit die Erklärung abzugeben, daß er in Vertretung des Herrn Hofkanzlers erschienen sei. Dieß wurde mit Rücksicht auf den Inhalt der verlesenen Zuschrift nicht als zulässig angesehen. Schließlich einigte man sich in dem Beschlusse, den Herrn Hofkanzler, nachdem laut Zuschrift desselben dem Rechte des Ausschusses nach §. 7 der Geschäfts-Ordnung nicht entsprochen ist, durch das Präsidium für Donnerstag Nachmittag in den Finanzausschuß einzuladen. Hierbei war mit Rücksicht auf die citirte Gesetzesstelle die Ansicht maßgebend, daß sich der Herr Hofkanzler auch durch einen Stellvertreter, der aber zu seiner Vertretung im Ausschuße ausdrücklich ermächtigt sei, vertreten lassen und so seine Verantwortlichkeit vor dem Gesamt-Reichsrathe manifestiren könne. Die neugewählten Siebenbürger haben erklärt, der Nothstand sei dringend, man solle die Angelegenheit nicht durch formelle Bedenken verzögern. Schließlich stimmten sie jedoch mit Rücksicht auf die staatsrechtliche Natur der Frage mit der Majorität. Die Verathung wurde dahin bis Donnerstag vertagt.

Gleich nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. d. hielt der Finanzausschuß ebenfalls Sitzung und berieth über den Etat des Ministeriums des Auswärtigen. Die Section hatte beantragt, die Kosten des separaten Zahlamtes dieses Ministeriums zu streichen und der Regierung anheim zu geben, das hienach vorübergehend eintretende Erforderniß zur systemmäßigen Behandlung der betreffenden Beamten als außerordentliche Ausgabe in das Budget einzustellen. Der Finanzausschuß adoptirte den Sectionsantrag. Ebenso wurden nach dem Sectionsantrage Gehalt und Funktionszulagen des Gesandten beim Könige beider Sicilien, dann von der für den Botschafter in Rom geforderten Funktionszulage der Betrag von 20.000 fl. nach lebhafter Discussion gestrichen. Die Funktionszulage für den Militärbevollmächtigten in Rom wurde im Etat des Auswärtigen gestrichen, da sie in's Armeebudget übertragen wird.

Die siebenbürgischen Mitglieder des Ausschusses stimmten consequent für den Abstrich.

Der Antrag des Finanzausschusses betreffend die neue Anleihe lautet: Zur Deficitsbedeckung einen Betrag von 12 Millionen und für den Fall, als die Lurus-, Personal- und Classensteuer nicht, oder nicht in dem veranschlagten Betrage bewilligt würde, einen weiteren Betrag von 16,125.200 fl. im Wege des Credites zu beschaffen und außerdem die im Besitze der Finanzverwaltung befindlichen 1,775.000 fl. Metall-Obligationen und 2,840.000 fl. Grundentlastungs-Obligationen zu veräußern und den Erlös (zusammen nach dem Durchschnittscurse von 75 mit 3,461.250 fl. angenommen) zu demselben Zwecke zu verwenden. Zur Einlösung der Münzleihe ist ein Betrag von 12 M., zur Verminderung der Hypothek-Anweisungen auf 80 Millionen, ein Betrag von 20 Millionen zu bewilligen. Die Cassabestände sind stets in dem Betrage von 25 Millionen Gulden aufrecht zu erhalten und der Finanzminister wird zu diesem Behufe ermächtigt, ausnahmsweise weitere 20 Millionen Hypothekarscheine, jedoch nur gegen dem auszugeben, daß zum Schlusse der Finanzperiode die Gesamtsumme der hinausgegebenen Hypothekaranweisungen wieder auf den Betrag von 80 Millionen zurückgeführt werde. Bezüglich der Controle über die Hypothek-Anweisungen durch die reichsräthliche Staatsschulden-Controllcommission wird durch besondere Bestimmungen Vorkehrung getroffen. Darnach würde sich das Anlehen mit 44 Millionen, eventuell mit 60,115.200 fl. (ausschließlich des hier nicht berührten Nothstandsanlehens) beziffern.

Wie man dem „P. Napló“ aus Wien schreibt, hätte sich der ungarische Hofkanzler bereits mit der Idee befreundet, für den nächsten Frühjahr den Landtag einzuberufen. Auf welcher Basis, unter welchen Modalitäten, vermag der Correspondent nicht zu sagen.

„Narodne Novine“ beginnen in der neuesten Nummer einen Cyclus von Artikeln zu Gunsten der Bescheidung des Reichsrathes von Seite der Kroaten. In dem ersten Artikel wird darauf hingewiesen, daß die vor dem Jahre 1848 bestandenen Gesetze und Einrichtungen, welche übrigens dem croatischen Landtage kein eigentliches Gesetzgebungs-, geschweige ein Steuerbewilligungsrecht einräumen, durch die jetzige Organisation der politischen und Gerichtsbehörden, durch die Beibehaltung der österr. materiellen und formellen Civil- und Strafgesetze, durch die Gleichstellung Aller vor dem Gesetze und durch die erweiterten Befugnisse des Landtages u. s. f. eine durchgängige Umwandlung erfahren haben.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. October.

Bei der gestrigen Audienz überreichte eine Deputation der Stadt Eger Sr. Maj. dem Kaiser eine äußerst geschmackvoll ausgestattete Adresse anlässlich der deutschen Krone. Sr. Maj. nahm dieselbe überaus huldvoll entgegen und bemerkte: „Es freue ihn, daß die Stadt Eger ein so lebendiges Interesse an der deutschen Frage nimmt und in derselben Veranlassung findet, ihrer Ergebenheit und Anhänglichkeit an seine Person Ausdruck zu geben.“

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna ist gestern Abends nach 7 Uhr, von Italien kommend, in Schönbrunn eingetroffen und wird heute Nachmittag ihre Reise nach Prag fortsetzen. Am Bahnhof wurde Ihre Majestät von dem Kaiser und der Kaiserin empfangen.

Gestern Nachmittag 2 Uhr hat bei Sr. k. Hoheit dem Herrn Erzherzog Rainer ein Ministerrath stattgefunden.

Der Aufenthalt des Botschafters Fürst Metternich in Wien dürfte acht Tage dauern. Der Fürst wird in der Herrenhaus-Sitzung erscheinen.

Se. Exc. der Fürst Primas von Ungarn wird sich, wie „Id. tan.“ berichtet, im Verlaufe dieser Woche nach Wien begeben, um mit Mgr. Falcinelli persönlich zusammenzutreffen.

Das Bankett zu Ehren der siebenbürgischen Abgeordneten wird morgen Nachmittag im Hotel Münch abgehalten werden.

In Bezug auf die Besetzung der Oberstlandmarschallstelle für Böhmen verlautet nach der „Boh.“ neuerdings viel viel Bestimmtheit, daß Graf Rothkirch für diesen Posten ernannt sei und sich auch bereit erklärt habe, denselben anzunehmen. Für den Fall, als die Stelle des Oberstlandmarschalls-Stellvertreters vacant werden sollte.

Bischof Strohmayer, war bei seiner Anwesenheit in Prag am 25. u. 26. d. der Gegenstand mehrfacher Ovationen von Seite unserer czechischen Nationalen. Als er am 25. Abends in Begleitung des Herrn Dr. Kiezer das czechische Theater besuchte, brach das Orchester mitten in der Ouverture ab und begrüßte den Gast mit einem dreifachen Zusch. Daß das Publicum in laute Zivios und Clawas ausbrach, versteht sich von selbst. Gestern Abend sollte dem Hr. Bischof ein Fackelzug gebracht werden; die Polizeidirection verlagte jedoch die Bewilligung hierzu. Dafür wurde in der Bürgerressource eine Gekangs-Adademie dem Gaste zu Ehren arrangirt. Während der Herr Bischof oben empfangen wurde, sammelten sich am Graben vor dem Gebäude, in welchem die Bürgerressource sich befindet, einige hundert Menschen, darunter eine nicht geringere Zahl jener hoffnungsvollen Jugend, die vorzugsweise auf der Straße zu Hause ist. Von Zeit zu Zeit stieß in dem Menschenhaufen Jemand einen Clawas- oder Ziviorus aus, der dann mehrmaliges Echo fand. Nachdem dies so etwa drei Viertelstunden lang angebauert, ohne daß übrigens die Ordnung dabei im mindesten gestört worden wäre,

erschien der Hr. Bürgermeister Belsky mitten in der Volksmenge und ergrüßte dieselbe, ruhig auseinander zu gehen. Die Menge gehorchte. Dem „Glas“ zufolge hätte Hr. Bischof Strohmayer, der bekanntlich zu den Gegnern der gegenwärtigen Regierung gehört, von der kroatischen Hofkanzlei selbst den Wink bekommen, sich auf einige Zeit ins Ausland zu begeben.

Am 27. d. fand aus Anlaß der glücklich vollbrachten Regulierung des Plattenjess am Gestade des Balaton ein Fest statt: Der Statthalter Graf Moriz Palffy nahm an der Festlichkeit Theil, außerdem wurde der Einladung des bei der Plattenjessregulierung als königlicher Commissär fungirenden Grafen Franz Zichy von mehreren Vertretern der Hofkanzlei, der Statthalterei, der Akademie, des Landesagrikulturreinens, der früheren Regulierungsgesellschaften, der Presse, und von mehreren technischen Notabilitäten Folge gegeben. Auch das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes war durch ein Mitglied (Dr. Schindler) vertreten. Die Sandbühne, welche den neu angelegten Abzugskanal der Sie von der Wassermasse des Balaton trennt, wurde in Gegenwart der Gäste durchstochen und die Fluthen des Sees stürzten sich mit brausender Gewalt in die Sie, deren Niveau einige Schuh tiefer gelegen ist, als der Wasserspiegel des Balaton. Der Besichtigung der Bauten folgte ein Dejeuner, welches in der glänzend decorirten Localität des Bahnhofes eingenommen wurde. Den ersten Toast brachte Graf Franz Zichy auf Sr. Majestät den König aus. Er sagte unter Anderem: „In diesem Vaterlande ist der erste Ungar — der König, in welchem die Nation den Hüter ihrer Constitution, den Schirm ihrer Freiheit, die reichste Quelle bürgerlicher Rechte und den mächtigsten Beschirmer und Förderer der innerhalb dieser Rechte zu Stande gekommenen gemeinnützigen Unternehmungen zu verehren liebt. In dieser Beziehung haben wir auch bei unserem gegenwärtigen Unternehmen Vieles und in reichem Maße von Sr. Majestät unserem Herrn und König geoffen. Ich glaube daher, daß ich den lebhaftesten Widerhall finden werde, wenn ich mein Glas für die a. h. Person Sr. Majestät, unseres Herrn, erhebe, indem ich wünsche, daß der Allmächtige Se. k. apostolische Majestät, unserem glorreich regierenden König lange leben lasse und gestatten möge, daß Se. Majestät je früher mit der Krone unseres Königes, des heiligen Stephan, geschmückt, glorieich über uns herrschend in unserer Mitte viele Jahre lebe.“ Dieser Toast wurde mit stürmischen Esen aufgenommen. Nachdem dem Statthalter Ungarns, dem Fürsten Paul Esterhazy, den Matadoren der Balaton-Regulierung dem Grafen Zichy und Herrn v. Janowich, dem Freiherrn Josef Schwöb u. s. w. Toaste ausgebracht wurden, brachte der Reichsabgeordnete Dr. Schindler „der edlen ungarischen Nation“ ein Toast in deutscher Sprache aus. Redner betonte das Gefühl der Zusammengehörigkeit, welches die Stämme Oesterreichs befele, und sprach die Ueberzeugung aus, daß der Tag der Vertänigung nicht mehr lange werde auf sich warten lassen. Diese beifällig aufgenommenen Worte erwiderte Koway mit einem Hoch auf den Redner, und nachdem nach Beß Gereben mit einem launigen Apercu die Reihe der Desfertreden abgeschlossen, erbot sich die Gesellschaft von der Tafel, und nach einer kurzen halben Stunde entführte sie ein Ertrazug nach der Heimat.

Der „Triest. Ztg.“ schreibt man aus Venedig: „Die verschiedenen abgeschmackten Nachrichten von einer Vergiftung, welche sich in Folge eines plötzlichen Todes des Herrn Perego, Redacteurs des „Giornale di Verona“, an dieses Ereigniß knüpfen, sind nun durch die chemische Analyse des Magens und der Eingeweide als grundlos dargelegt worden (das Provincialgericht in Verona hat die gerichtliche Leichenschau vorgenommen und nichts gefunden, was den Verdacht einer Vergiftung bestätigte). Herr Perego ist einfach an einer Gehirnarterien-Verengung gestorben, die er sich in Folge allzustarker Genußes von spirituellen Getränken zugezogen hat. Perego hatte zwar geheuchelt, aber da die Mundsperrre plötzlich eingebraten, nicht communicirt, und deshalb macht die Curie Anstände gegen sein christliches Leichenbegängniß. Ueber das Weitererscheinen des Blattes ist bereits entschieden.“

## Deutschland.

Preußen sendet zur Verathung der militärischen Commissarien in Frankfurt a. M. über die Bundes-Execution den Generalstabschef Fehrn. v. Moltke. Ueber den Conflict, welchen die beiden Wielopolski in Homburg hatten, schreibt die „Europe“: Am 25. d. Nachmittags saßen die zwei Söhne des Grafen Wielopolski am Spieltisch im Cursaal von Homburg. Capitän Danielesti, von der polnischen Insurrections-Armee im Jahre 1830, gab seiner Entrüstung über Sigismund, den ältern Sohn des Grafen Wielopolski, welcher als Bürgermeister von Warschau an den Maßregeln seines Vaters so thätigen Antheil genommen, einen sehr lebhaften Ausdruck. Er näherte sich dem Grafen Sigismund und sagte zu ihm in polnischer Sprache, er solle sich schämen, öffentlich vor seinen Landsleuten zu erscheinen, nachdem er das Vaterland beschimpft und das Blut der besten Polen vergossen habe. Der Graf antwortete nicht und setzte das Spiel fort. Bald darauf stand er auf, sprach mit seinem Bruder und fragte nun den Capitän in sehr unangenehmen Ausdrücken nach seinem Namen. In solcher Weise interpellirt, ließ Capitän Danielesti seiner Entrüstung freien Lauf. Da stürzte der Graf sich auf ihn und es kam zu Thätlichkeiten. In demselben Augenblicke zog der jüngere Marquis Wielopolski einen Revolver hervor und zielte auf Danielesti; aber eine der nebenstehenden Personen schlug ihm den Arm herab und entriß ihm die Waffe. Die Gräfin Risseff, welche auf den entzündeten Lärm herbeigekommen war, befand sich, als Wielopolski schießen wollte, zwischen diesem und dem Capitän. Die beiden Wielopolski verließen nach Abends Lomburg. Sie hatten der Polizei ihre Pässe und die besondere Erlaubniß, Waffen mit sich zu führen, vorgewiesen.

## Frankreich.

Paris, 25. Oct. Drei Mitglieder der mexicanischen Deputation, darunter der Pater Miranda, begeben sich heute Abend nach Rom. — die Unterhandlungen zwischen der Schweiz und Frankreich in Betreff der Herabsetzung des Preises der telegraphi-

schen Depeschen haben begonnen. Eine einfache Depesche soll in Zukunft nur 3 Franken kosten. — Heute fand das erste Herbst-Wettrennen in Vincennes statt. Diefelben wurden bekanntlich letztes Jahr eingerichtet. Der Kaiser wohnte demselben nicht an; Prinz Murat vertrat ihn. — Diesmal erwartet man in Compiegne auch den König der Belgier, der, von seinem Ausfluge in Stalien wiederkehrend, dem Kaiser einen Besuch abstatten will. — Baron Talleyrand ist heute auf seinen Botschafterposten nach Berlin zurückgekehrt. Lord Cowley hat nach sechswochentlicher Abwesenheit hier die Leitung der britischen Gesandtschaft wieder übernommen. Fürst Metternich wird in der ersten Novemberwoche aus Wien wieder hier eintreffen.

Die Ernennung Mr. Delangles zum ersten Vizepräsidenten des Senates, schreibt man dem „Botschafter“ aus Paris, schließt die Neubezugungen in der Administration, welche durch Billault's Tod hervorgerufen worden waren. In der Kammer werden also sechs Männer die Politik der Regierung vertreten, die Herren: Boucher, Roulland, de Torieu, Forcade, Chaur d'Estanges und Buitry, ohne die die Commissäre zu rechnen, welche von der Regierung für Fragen untergeordneter Bedeutung bestellt werden. Nach dem Tode Turenne's ernannte der König acht Marschälle von Frankreich: Voilà la monnaie de Mr. de Turenne! jagte Madame de Sévigné \*).

General Montebello's Rückkehr auf seinen Posten in Rom ist, wie man der „M.Z.“ schreibt, noch nicht ausgemacht, und mit Unrecht wurde von einem officiellen Blatte behauptet, er werde heute oder morgen abreisen.

## Italien.

General M u r a w i e s s, schreibt das „Vaterland“, wollte kürzlich einen jungen polnischen Insurgenten haben und ließ, da seine ausgesandten Schergen weder diesen noch dessen Vater fanden, die Mutter einfangen und ins Gefängniß werfen, wo sie nun seit mehr als einem Monat mit einem dreimonatlichen Säugling schmachtet. Wir wollen sehen, wie der Minister vor dem Parlament — doch halt, es ist ja gar nicht Murawiew, sonst wüßte es schon die ganze Welt; die Geschichte spielt auch nicht in Polen, sondern in Sicilien, der Insurgent ist ein Recrutirungsflüchtling Namens Josef Pappalardo aus Troina, besagte „Scherger“ sind vielmehr Truppen des Königs-Ehrenmanns, die auf Recrutirungsflüchtige in Sicilien Jagd machen, das unter der bourbonischen Tyrannei keine Recrutirung kannte. Sonst ist die Geschichte richtig, der „Pecuratore“ von Palermo und nach ihm ein Turiner erzählen sie. Die arme Mutter heißt Schwestra di Dio, aus dem Gefängniß von Troina wurde sie in das von Nicotia, dann in das von Regelbuto gebracht, und der „Pecuratore“, um den angefangenen Satz zu vollenden, fügt bei: „Wir wollen sehen, wie der Minister des Innern im Parlament solche Thaten rechtfertigen wird, die, in Sicilien begangen, bei den officiellen Blättern das einzige Mittel heißen, um die unruhige Bevölkerung zu regieren, in Polen aber verübt, denselben Blättern Stoff zu donnernden Strafreden gegen Rußland und seine Proconfuln geben.“ Wir unsererits bemerken, daß dieser Fall des Recrutenfanges keineswegs vereinzelte ist. Kürzlich trieb man eine ganze Schaar von Weibern nach Catania, um ihre Söhne und Brüder zur Stellung zu zwingen.

Der „Köln. Ztg.“ meldet man aus Turin, 22. October: Garibaldi befindet sich besser, obgleich er seine Krücken noch nicht beiseite legen konnte. Der General führt bereits sein gewöhnliches Leben. Er steht mit Morgenanbruch auf, um zu angeln, was er sehr wohl versteht, und bei welcher Beschäftigung sein gewohntes Glück ihm treu bleibt. Er steht in sehr lebhaftem Verkehr mit den Führern der Actionspartei, welche wieder sehr eifrig ist.

Alexander Herzen befindet sich gegenwärtig in Neapel, wo seine Familie bereits seit mehreren Monaten weilte.

## Rußland.

Aus Rußland, 22. Oct. schreibt man der „Pol. Ztg.“: Die Truppenjendungen nach Polen haben seit einigen Tagen nachgelassen, und soll die in letzter Zeit nachgesandte Truppenzahl sich auf 20.000 Mann belaufen, so daß gegenwärtig eine Macht von 142.000 Mann im Königreich auf dem Kriegsfuß steht. Am 18. langte wieder ein gegen 200 M. harter Transport Gefangener an, welche von Petersburg sofort weiter expedirt wurden. Die bis heute aus Polen gebrachten Gefangenen sollen zusammen noch nicht die Zahl von 2800 Mann erreichen, wogegen ausländische Zeitungen von 4 bis 5.000 berichten. Von sämtlichen bis jetzt nach Rußland gebrachten Gefangenen aus dem polnischen Aufstande sind nur 530 nach Siberien abgeführt, die übrigen aber meist ins Innere des Reiches gebracht und Regimentern einverleibt worden. Wie man aus Kronstadt hört, ist am 1/13. d. daselbst der Bau eines neuen Forts in Angriff genommen worden, das zum größeren Schutz einer Einfahrt dienen und bis Juni l. J. fertig sein soll. Auch heißt es, daß noch 3 neue Panzerregatten nach dem Modell der aus England bezogenen in inländischen Maschinenbau-Anlagen gefertigt werden sollen.

Der „Ditsee“ Ztg.“ schreibt man: Eine ähnliche Zurückhaltung, welche trotz aller Aufreife und Beipre-

\*) In Ermangelung eines gleich werthvollen Stückes hat auch diesmal die Regierung Kleingeld in approximativ gleichem Betrag suchen müssen. Für den Franken Billault hat sie zwanzig Sous-Stücke in die Kammer geschickt. Das will der Ausdruck: Voilà la monnaie de Billault! sagen. Werthvollerweise überlegt der Pariser Corr. des „Botschafter“: Das sind die vielen Leute von Billault's „Gepäck“. Werden die Pariser Correspondenzen des „Botschafter“ französisch geschrieben und in Wien überföhrt oder überhaupt in Wien geschrieben? Daß ein Pariser Corr. der französischen Sprache so wenig mächtig sein sollte, ist wohl nicht anzunehmen. Die Red.







